Nr. 8 | August 2012

Grünes Bündnis
www.gbbern.ch

grün.

«Tanz dich frei»: Mehr Nachtleben und kulturelle Vielfalt in der Stadt Bern!

Aktiver Einsatz für soziale Anliegen! Hasim Sancar, Co-Fraktionspräsident GB/JA!

stand.
Cristina Anliker-Mansour:
- **Kita-Reglement: Rückschritte verhindern**

mittel.
- **Das GB im Stadtrat 2009 bis 2012 – eine erfolgreiche Bilanz**

bern.
Esther Oester:
- **Mehr Solidarität statt Ausgrenzung im Umgang mit Asylsuchenden!**

Die Stadt Bern baut und plant nachhaltig

Dank zweimal JA zu den Kreditvorlagen Stöckacker Süd und Warmbächliweg kann die Stadt Bern sozialverträglich und ökologisch Wohnungen realisieren. Erstmals seit 70 Jahren baut die Stadt Bern wieder selber.

Die Siedlung Stöckacker Süd ist das erste Projekt einer neuen Ära in der Wohnbaupolitik: Die Stadt baut seit langem wieder einmal selber und es wird eine Siedlung entstehen, die einen Beitrag zur 2000-Watt-Gesellschaft leistet. Zudem wird das Quartier verdichtet (heute 100 eher kleine Wohnungen, im Neubau 150 grosse Wohnungen). Der Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik errichtet ein Pionierprojekt mit Vorbildfunktion auch für private Bauherrschaften. Ermöglicht wird dieser Ersatzneubau von 70 Mio. durch einen internen «Innovationsfonds». Trotz hoher Baustandards (u.a. Energieeffizenz, Rollstuhlgängigkeit, Grauwassernutzung) sind die Neuwohnungen günstig. Eine 4,5 Zimmer-Wohnung kostet ca. 1'800.– . Ein Teil der Wohnungen (Townhouses) ist bewusst teurer, damit das Quartier für besser verdienende Leute attraktiv wird. Dank einem «Subventionsfonds» werden die verloren gehenden günstigen Wohnungen an anderen Standorten ersetzt.

Mit dem Wegzug der Kehrichtverbrennungsanlage entsteht am Warmbächliweg die Chance für eine zeitgemässe Überbauung mit rund 280 Wohnungen. Dazu muss der städtische Wohnbaufonds das Land für rund 20 Mio. von der EWB erwerben. Dank einer überwiesenen Motion im Stadtrat soll mind. 50% des Areals von gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften bebaut werden, so entstehen langfristig günstige Wohnungen. Beide Bauvorhaben sind somit Pioniere einer neuen städtebaulichen Entwicklung: verdichtet, energieeffizent, sozial durchmischt, nachhaltig preisgünstig. Diese Projekte sollen Schule machen: Beim Burgernziel, im Viererfeld, an der Mutachstrasse und im Wankdorf City müssen ähnlich nachhaltige Vorzeigeprojekte entstehen. Und bei neu einzuzonenden Wohnbaugebieten im Saali oder in Brünnen Süd kann man später auf diesen Erfahrungen aufbauen.

Tilman Rösler, GB-Stadtratskandidat

Kinder am internationalen Tag der Genossenschaften am 7.Juli

Abstimmungen vom 23. September

Stadt

- Revision Personal- und Entschädigungsreglement: **JA**
- Zonenplan Warmbächliweg/Güterstrasse: **JA**
- Kredit Ersatzneubau Siedlung Stöckacker Süd: **JA**
- Zonenplan Fellerstrasse 21: **JA**
- Agglomerationskommission: Umwandlung in eine ständige Kommission: **JA**
- Zuständigkeit für Behördenreferenden und –initiativen in der Regionalkonferenz: **JA**
- Gesamtkredit Sanierung Marktgasse: **JA**

Kantonal

- Optimierung der Förderung von Gemeindezusammenschlüssen: **2xJA**
- Kantonales Steuergesetz: Volksinitiative «Faire Steuern – Für Familien»: **JA**; Gegenvorschlag des Grossen Rates: **NEIN**; Stichfrage: **INITIATIVE**
- Gesetz über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge: Vorlage des Grossen Rates: **JA**; Volksvorschlag: **NEIN**; Stichfrage: **VORLAGE GR**

National

- Bundesbeschluss Jugendmusikförderung: **JA**
- Volksinitiative «Sicheres Wohnen im Alter»: **NEIN**
- Volksinitiative «Schutz vor Passivrauchen»: **JA**

«Das Grüne Bündnis sagt Nein zu Experimenten auf Kosten der Kinder. Sollte die Allianz der Mitte- und bürgerlichen Parteien an diesen Verschlechterungen festhalten, wird sich das Grüne Bündnis mit interessierten Kreisen dagegen wehren, nötigenfalls mit einem Volksvorschlag, damit sich die Stimmberechtigten in der Stadt dazu äussern können.»
Cristina Anliker-Mansour, GB-Stadträtin

Keine Rückschritte bei der Kinderbetreuung!

2011 hat die Berner Stimmbevölkerung einen Systemwechsel in der Kinderbetreuung beschlossen (Betreuungsgutscheine). Bei der Erarbeitung des Reglements verlangt nun eine Mehrheit im Stadtparlament die Abschaffung des sozial abgestuften Elterntarifs und die Privatisierung der städtischen Kitas.

Eine Allianz aus Mitte- und Rechtsparteien hat im Stadtrat eine Verschlechterung des soliden gemeinderätlichen Reglementsentwurfs beschlossen. Sie verlangt die Aufhebung der sozial abgestuften Tarife für Eltern und setzt damit den Kanton unter Druck, eine entsprechende Revision zu realisieren. Zudem soll die Stadt Bern den städtischen Kitas keine Defizitgarantie zur Sicherung von Betreuungsqualität, Anstellungsbedingungen und zur Finanzierung höherer Mietkosten ab 2016 gewähren. Mit diesem Entscheid nehmen die Bürgerlichen den Abbau der Qualität und der guten Anstellungsbedingungen der städtischen Kitas in Kauf. Die Aufhebung der sozial abgestuften Tarife für Eltern führt für viele Betroffene zu höheren Kosten. Heute bezahlen die Eltern nach Einkommen abgestuft. Wenn pädagogische, musische oder andere Leistungen (z.B. Bio-Ernährung) von den Eltern zusätzlich finanziert werden müssen, hat dies mehr soziale Entmischung zur Folge. Wir werden Kitas für Reiche und Arme haben.

Die Bürgerlichen wollen die städtischen Kitas privatisieren. Sie seien zu teuer, argumentieren sie. Sie vergessen aber, dass die städtischen Kitas mehr sozialdringliche Fälle aufnehmen, über hundert Ausbildungsplätze und gute Arbeitsbedingungen für das Personal bieten und damit die Wertschätzung gegenüber dieser pädagogisch so wichtigen Form von Kinderbetreuung zeigen.

Cristina Anliker-Mansour, GB-Stadträtin

aktions.

Mitmachen gegen KITA-Verschlechterungen
Wer sich gegen die anstehenden Verschlechterungen in der Kinderbetreuung wehren will, meldet sich beim GB-Sekretariat: Tel: 031 301 82 08 oder per Mail: info@gbbern.ch.

«Bei Annahme der Vorlage erfüllt die Stadt ab 2013 die Minimallohnforderung der Gewerkschaften zwar nur knapp. Immerhin können nun auch die besseren Löhne der unteren Lohnklassen die tiefen Löhne in der Privatwirtschaft konkurrenzieren. Dass die Revision des Personalnicht von derjenigen des Entschädigungsreglements getrennt werden konnte, ist zu schlucken.»
Christoph Freymond, GB-Stadtratskandidat

Die Stadt als sozialen Arbeitgeber stärken

Dank der Fraktion GB/JA! sollen auch die tiefsten Löhne in der Stadtverwaltung erhöht werden. Das Verhältnis vom höchsten zum tiefsten Lohn bliebe mit einem Faktor von 4,85 nahezu stabil.

2009 verlangte eine Motion der Aufsichtskommission, der Gemeinderat solle die Auswirkungen der angenommenen Lohndeckelinitiative «200'000 Franken sind genug» auf die Konkurrenzfähigkeit der Stadt bei den oberen Kaderstellen evaluieren. Nach heftiger Debatte hat der Stadtrat den Gemeinderat beauftragt, ein alternatives Lohnmodell zu erarbeiten, das die Löhne für Angestellte des oberen Kaders, der GemeinderätInnen und des Stadtpräsidenten erhöhen solle. Das vorgelegte Lohnmodell sah eine stärkere Progression vor. Fast keine Veränderungen bei den tiefsten Löhnen, kleinere für das untere Kader und wesentliche Gehaltserhöhungen bei den obersten Lohnklassen und für den Gemeinderat. Inakzeptabel! Die Fraktion GB/JA! verlangte, dass der tiefste Lohn auf 52'000 Franken festgesetzt wird, der höchstmögliche Lohn maximal 4.5 Mal höher als dieser sein dürfe und dass der Grundlohn der GemeinderätInnen/des Stadtpräsidiums auf 102%/104% (statt 104,4%/108,6%) des höchsten Lohns reduziert werde. In erster Lesung wurde diesen Anträgen zugestimmt. Daraufhin stellte der Gemeinderat einen Rückkommensantrag in der Form eines Kompromissvorschlags für die Löhne der Stadtangestellten. Dieser gelangt jetzt zur Abstimmung. Der Mindestlohn kommt auf 48'500 (heute: 46'500) Franken und die Lohnspreizung bleibt mit dem Faktor 4,85 gegenüber heute fast stabil. Sowohl die Löhne des obersten Kaders als auch die Grundlöhne des politischen Personals sind dank GB/JA! an den Minimallohn gekoppelt.

Christoph Freymond, GB-Stadtratskandidat

Erfolgreiche Stadtratsbilanz 2009 – 2012

GB-Erfolge

- Bern beschliesst den Ausstieg aus der Atomenergie bis 2039 dank GB-Initiative «EnergieWendeBern». Die Stadt fordert die Abschaltung des AKWs Mühleberg und ist gegen die unbefristete Betriebsbewilligung.
- Bern investiert in erneuerbare Energien (Solar-Offensive, Geothermie), lanciert ein Gebäudesanierungsprogramm, verankert die «2000-Watt-Gesellschaft».
- KünstlerInnen übernehmen das Kulturzentrum Progr. Fünfte Reitschul-Abstimmung mit hoher Zustimmung (68,4%).
- Beitritt zum Unesco-Projekt «Städte gegen Rassismus». Merkblatt gegen diskriminierende Einlassverweigerungen in Bars/Clubs.
- Erhöhung der Kinderbetreuungsplätze um 214. Vermittlungsstelle nimmt ihren Betrieb auf.
- 1750 rollstuhlgängige Trottoirs für Gehbehinderte.
- Realisierung des autofreien Sonntags 2011, zwei weitere 2012.
- Ausbau des umweltfreundlichen ÖVs: Tram Bern West rollt. Tram Region Bern in Planung.
- Neues Schulreglement sichert Modellvielfalt in der Oberstufe. Schulkommissionen bleiben im Quartier.
- Anteil unversiegelter Boden soll erhalten bleiben.
- Höhere Mindestlöhne für Angestellte, Teilnahme am Lohngleichheitsdialog. Keine rassistische und sexistische Werbung auf Plakaten.
- Einschränkung des Demonstrations-Reglements (Entfernungsartikel) und FDP-Polizeiinitiative werden abgelehnt.
- Breite Allianz lanciert Initiative für preisgünstigen Wohnraum.

Fast jede vierte Wählerin hat vor vier Jahren Grün gewählt. Bern erlebt heute eine Renaissance. Immer mehr Menschen wollen in der Stadt mit grosser Lebensqualität wohnen. Dies ist ein Erfolg von fast 20 Jahren RGM-Mehrheit. Zusammen mit GB-Gemeinderätin Regula Rytz vertritt das Grüne Bündnis verlässlich soziale und ökologische Anliegen und das mit Erfolg. Stéphanie Penher und Hasim Sancar, das Co-Präsidium der zehnköpfigen Stadtratsfraktion GB/JA!, ziehen Bilanz.

Was sind die grössten Erfolge des GB in den letzten vier Jahren?

● **Stéphanie Penher:** Das klare Bekenntnis der Berner Bevölkerung (60,6%), spätestens 2039 aus der Atomenergie auszusteigen.

● **Hasim Sancar:** Der Entscheid der Stimmbevölkerung für die Künstlerinitiative Progr und die fünfte Abstimmung für die Reitschule, sowie der Beschluss des Verwaltungsgerichts gegen die Einschränkung von Demonstrationen auf Platzkundgebungen.

Mit den letzten Wahlen wurde die bürgerliche Mitte gestärkt. Wie hat dies die Stadtpolitik verändert?

● **HS:** Die Rot-Grüne Mehrheit im Stadtrat ist fragiler geworden. Dadurch haben die Gespräche an Bedeutung gewonnen. Ein negatives Beispiel ist der Systemwechsel bei der Kinderbetreuung. Damit soll das bewährte System von öffentlichen und subventionierten privaten Kindertagesstätten «marktkonformer» werden. Druck auf die Betreuungsqualität und weniger Solidarität sind die Folge. Aber auch die Hauruck-Übung der bürgerlichen Mitte zur Erhöhung des Rentenalters des städtischen Personals ohne Einbezug der Gewerkschaften zeigt, dass der sozialpartnerschaftliche Dialog unter Druck kommt.

Das Grüne Bündnis ist die einzige Grüne Partei in der Regierung. Was bedeutet das?

● **SP:** Mit Regula Rytz als Verkehrsdirektorin hat das Grüne Bündnis wichtige Verkehrsprojekte vorangebracht: Tram Bern West, Tram Region Bern und 2. Tramachse zur Entlastung der Innenstadt, Umbau des Bahnhofplatzes, Tramverlängerung zum S-Bahn Bahnhof Wankdorf. Die Regierungsbeteiligung und andererseits die Vernetzung mit Bewegungen sind produktiv, aber auch mit Diskussionen verbunden. Beim Thema Polizei hat die Fraktion eine andere Position vertreten als der Gemeinderat und sich gegen mehr Polizeipräsenz ausgesprochen.

Kulturbaustelle Progr. Das GB hat sich erfolgreich für das Kulturprojekt Progr stark gemacht. In der Volksabstimmung vom 17. Mai 2009 stimmten 66% JA zur Weiterführung des Kulturprojekts im Stadtzentrum

Das GB arbeitet ja eng mit den Gewerkschaften zusammen. Was ist die Bilanz aus gewerkschaftlicher Sicht?

● **HS:** Die neoliberale Politik der gestärkten Mitte richtet sich vor allem gegen soziale Anliegen. Unterstützt durch den gewerkschaftlichen Druck von der Strasse wehrten wir uns erfolgreich gegen eine Erhöhung des Rentenalters. Beim Lohnreglement für die Stadtangestellten (Abstimmung im September) konnten wir die Mindestlöhne um rund 2000.– Franken pro Jahr erhöhen.

Und was konnte durch die kontinuierliche Zusammenarbeit mit den Umweltverbänden erreicht werden?

● **SP:** 44% der Wege in der Stadt werden mit Muskelkraft zurückgelegt und der motorisierte Individualverkehr in der Stadt ist rückläufig. 53% der Berner Haushalte haben kein Auto. Das Tram Region Bern, die Verlängerung der Tramlinie 9 und der Ausbau des Berner Bahnhofs sind zentrale Ausbauprojekte für den öffentlichen Verkehr. Die über 70 realisierten Begegnungszonen in den Quartieren, der geplante Autobahnbypass im Osten von Bern und der damit mögliche Rückbau der Autobahnschneise tragen zur Verbesserung der Lebensqualität bei. Und natürlich die Energiewende und der Atomausstieg.

Welches waren für euch persönlich die politischen Highlights beziehungsweise die grössten Enttäuschungen?

● **SP:** Dass Bern spätestens 2039 aus der Atomenergie aussteigt! Die knappe Ablehnung der Initiative für einen autofreien Bahnhofplatz war eine Enttäuschung.

● **HS:** Sehr positiv im Bereich Grundrechte das Merkblatt für nicht-diskriminierende Zulassung bei Nachtclubs – und dann auch die deutliche Abstimmung für die Reitschule. Enttäuschend war die Annahme der Kita-Gutscheine.

Ende September stimmen wir über zwei wichtige Geschäfte im Kanton ab: Die Motorfahrzeugsteuer und die Initiative «Faire Steuern für Familien». Was bedeuten die Vorlagen aus Stadtsicht?

● **SP:** Der verantwortungslose Volksvorschlag zur Besteuerung der Strassenfahrzeuge macht Steuergeschenke an Spritfresser und reisst jährlich ein 100-Millionen-Steuerloch in die Kantonskasse. Bereits beim Budget 2012 sind einschneidende Sparmassnahmen getroffen worden. Wenn nochmals 100 Millionen eingespart werden müssen, führt das zu einem Kahlschlag bei Schulen, Personal, Spitex und dem ÖV-Angebot.

● **HS:** Die Steuerreduktion für Reiche, die die bürgerliche Mehrheit im Grossrat beschlossen hat, hat viele Gemeinden ruiniert, jetzt müssen sie ihre Steuern erhöhen. Diese Reduktion hat auch die Stadt Bern tief getroffen. Unsere Initiative für familienfreundliche Steuern muss unbedingt angenommen werden, um Defizite in der Stadtkasse zu reduzieren und die Familien zu entlasten.

Was ist das wichtigste Anliegen für die neue Legislatur?

● **SP:** Die Stadt Bern braucht in den nächsten Jahren mehr Wohnraum mit Lebensqualität: Heisst eine energieeffiziente Bauweise, die Erhaltung von günstigem Wohnraum, sozial durchmischte Quartiere sowie ein autoarmes, generationenübergreifendes und kindergerechtes Wohnumfeld. Einen Meilenstein setzt unsere Initiative «Für bezahlbare Wohnungen».

Interview: Natalie Imboden, GB-Präsidentin

Solidarität statt Ausgrenzung

Die Verschärfungen im Asylrecht und der inakzeptable Umgang mit Asylsuchenden erfordern das mutige und kreative Einstehen für Respekt und Solidarität.

Was bringt urteilsfähige Menschen dazu, in Booten wie Nussschalen das Mittelmeer zu überqueren? Es ist die schiere Not: der Hunger in Eritrea, die Angst vor Verfolgung, Zwangsrekrutierung und Bürgerkriege in Somalia und Kongo, um nur wenige Beispiele zu nennen.

«Stopp der menschenverachtenden Migrationspolitik!» – dies forderten am 23. Juni 2012 mehrere Tausend DemonstrantInnen in Bern

Es ist skandalös, dass im Nationalrat entgegen internationalem Recht ungerührt gefordert wird, Wehrdienstverweigerern in der Schweiz kein Asyl mehr zu gewähren. Die gerne zitierten humanitären Werte der Schweiz gehen auf die Genfer Konventionen zurück und diese sehen den Schutz vor Verfolgung vor.

Die Fremdenfeindlichkeit in der Schweiz nimmt stetig zu, dies zeigt sich im Diskurs und dem Umgang mit Asylsuchenden. Von Menschenrechten, Solidarität und Würde wird nicht mehr gesprochen, nur noch von Asylmissbrauch – Werte, die wir für urschweizerisch gehalten haben, scheinen im Museum der Geschichte archiviert worden zu sein.

Die wachsende Fremdenfeindlichkeit führt dazu, dass es sich die Behörden leisten können, Asylsuchende in immer prekäreren Unterkünften zu «halten». In der Auffang-Notunterkunft Hochfeld herrschen offenbar bedenkliche Zustände wie mangelnde Gesundheitsversorgung oder die für Kinder ungeeignete Umgebung in der unterirdischen Grossraumunterkunft. Trotz wiederholten Anfragen von Stadträtinnen war es lange nicht möglich, die Vorwürfe unabhängig zu überprüfen. Das kantonale Migrationsamt spielt auf Verzögerung und wiegelt Anfragen ab. Es scheint, dass sich die städtischen Behörden bisher dem Grundproblem zu wenig angenommen haben, nämlich dass die Betroffenen nicht auf Dauer unterirdisch beherbergt werden können.

Das GB setzt sich für den Schutz der Würde aller Menschen ein, sei das im nationalen Gesetzgebungsprozess oder in der Stadt bei der Unterstützung der Asylsuchenden im Hochfeld.

Esther Oester, GB-Stadträtin

Vorstösse | Erfolge

Stadt und Kanton

● Das GB thematisiert die Unterbringung von Asylsuchenden in Stadt und Kanton Bern. Der Kanton Bern hat nicht genügend Unterkünfte, um diese Menschen während des Asylverfahrens unterzubringen. Mit einem Vorstoss im Grossrat verlangt Grossrätin Natalie Imboden, dass der Kanton genügend Unterkünfte bereitstellt, um eine menschenwürdige Unterbringung zu gewährleisten. Sie kritisiert die Vergabe von Aufträgen an gewinnorientierte Firmen. Viele Gemeinden und insbesondere auch das VBS sind zu wenig gewillt, vorhandene Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. So hat der Kanton Notunterkünfte in unterirdischen Zivilschutzanlagen geöffnet, die aber nicht für eine längerfristige Unterbringung von Menschen geeignet sind. Die GB-Stadträtin Cristina Anliker-Mansour und JA!-Stadträtin Rahel Ruch haben im Stadtparlament die «ungenügende Versorgung von Kindern in der Notunterkunft Hochfeld» kritisiert. Die Kritik zeigt Wirkung. Kinder und Familien werden in nicht-unterirdische Zentren verlegt.

Eine Ausgeh-Meile greift viel zu kurz

Trägt als Veranstalterin im Frauenraum-Kollektiv auch selbst aktiv etwas zu Berns Nachtleben bei. Ursina Anderegg, GB-Stadtratskandidatin

Ursina Anderegg – im vorbereitenden Gespräch hast du als Erstes betont, das «Nachtleben» sei nicht bloss eine Frage des Ausgehens...

● Bis jetzt erscheint mir die Debatte ziemlich wirr. Alle reden mit, jedoch fehlt eine ernsthafte Analyse, die den Bedürfnissen der verschiedenen Anspruchsgruppen gerecht wird. Ich verstehe unter «Nachtleben» einerseits Angebote in der Stadt, die ich als Bewohnerin am Abend oder in der Nacht nutzen kann sowie auch meine eigene Gestaltung der Zeit am Abend und in der Nacht. Es geht also um das betriebliche Nachtleben, aber auch um Freiräume und um Bedürfnisse von Jugendlichen und Erwachsenen in der Stadt.

Was steht beim Nachtleben im betrieblichen Sinn (Konzertlokale/Clubs/Bars) für das Grüne Bündnis im Vordergrund?

● Für das GB steht die kulturelle Vielfalt im Vordergrund. Auch kleine, weniger kommerzielle Lokale brauchen eine Chance. Die Politik muss darauf achten, dass die kulturfördernden Institutionen nicht durch die Kommerzialisierung verdrängt werden. Kulturbeizen wie auch kleinere Konzertlokale sollen in der ganzen Stadt bestehen können. Es kann nicht das Ziel sein, dass die Stadt in Wohn- und Ausgehzonen aufgeteilt wird. Wir wollen die 24h-Konsum-Mentalität nicht durch Ausgeh-Ghettos fördern. Vielmehr erscheint das Bestimmen von «objektbezogenen Nachtleben-Perimetern» als eine sinnvolle Massnahme. Dies gäbe mehr Transparenz gegenüber den Anwohnenden und könnte der Lärmklagen-Problematik entgegenwirken.

Ein weiteres Thema ist die Forderung nach mehr Freiräumen. Worum geht es da genau?

● Für mich sind hier zwei Aspekte zentral. Zum einen stellt sich die Frage, wie der öffentliche Raum von der Stadt gestaltet wird: Dieser soll alle zur Nutzung einladen, z.B. durch die Gestaltung von Plätzen, der Schaffung von Sitzgelegenheiten etc. Insbesondere soll unterbunden werden, dass er je länger je mehr kommerzialisiert wird (City-Beach, Werbestände), während anderen Nutzungen mit Repression begegnet wird. Zum anderen besteht ein Bedürfnis nach Räumen, die ohne kommerziellen Druck selber gestaltet werden können. Die Stadt soll Zwischennutzungen und Brachen prüfen bzw. unkompliziert zur Verfügung stellen. Ist uns eine kulturelle Vielfalt wichtig, ist dies eine zentrale Forderung.

In der Diskussion wird von der Jugend gesprochen, als wäre das eine homogene Gruppe.

● Die Tanz-Demo hat gezeigt, wie heterogen «die Jugend» ist, denn die Menschen nahmen aus verschiedensten Gründen teil. Deshalb kann es nun nicht die Lösung sein, der angeblich homogenen Gruppe eine kommerzielle Ausgeh-Meile zu schaffen und dann zu meinen, dies decke die Bedürfnisse aller Jugendlichen. Dies greift viel zu kurz und folgt einer neoliberalen Logik. Es braucht vielfältigere Angebote. Gerade Jugendliche unter 18 Jahren können sich in der Stadt fast nirgends aufhalten: In vielen Clubs haben sie durch Altersbeschränkungen keinen Zutritt und im öffentlichen Raum werden sie verjagt. Es müssen unbedingt Räume geschaffen bzw. erhalten bleiben, welche Jugendliche mitgestalten können. Zudem soll endlich die aufsuchende Jugendarbeit ausgebaut, statt die Repression im öffentlichen Raum weiter erhöht werden.

Bist du selbst auch nachtaktiv?

● Ich veranstalte im Frauenraum-Kollektiv der Reitschule für mich und andere feministische Kultur, was mein eigenes Nachtleben sehr prägt. Auch geniesse ich oft mit netten Menschen die gemütlichen Quartierbeizen sowie die vielen schönen öffentlichen Orte der Stadt Bern.

Interview: Johannes Künzler, GB-Stadtratskandidat

Grünes Bündnis grün.

AZB, 3000 Bern 1
Grünes Bündnis
P.F. 6411, 3001 Bern
Tel. 031 301 82 09
info@gbbern.ch

Veranstaltungen

● Montag, 27. August, 19.00 Uhr, Politforum Käfigturm, Bern
Brennpunkt Stadtentwicklung
Die GB-Arbeitsgruppe Ökologie organisiert im Wahljahr Workshops zum Thema Stadtentwicklung. Im Rahmen der nächsten Veranstaltung soll das Freiraumkonzept der Stadt Bern aus GB-Sicht diskutiert werden. Interessierte sind herzlich eingeladen!
Informationen unter: www.gbbern.ch

● Mittwoch, 5. September, 19.30 Uhr, WWF Bildungszentrum BollWerkStadt, Bern (1. Stock)
Eine Kulturvision für Bern?
Die Stadt Bern hat keine aktuelle Kulturstrategie, obwohl die Stadt über eine vielfältige Kulturszene mit einem hohen Potenzial verfügt. Das Grüne Bündnis möchte eine Kulturdiskussion lancieren und Berner Kulturvisionen entwickeln. Diese Veranstaltung (die im Anschluss an die GB-Mitgliederversammlung stattfinden wird) soll hierfür einen ersten Anstoss liefern.
Informationen unter: www.gbbern.ch

● Montag, 10. September, 19.00 Uhr, WWF Bildungszentrum BollWerkStadt, Bern (1. Stock)
Schule und Bildung in der Stadt Bern: Wo brennt's?
Ein Diskussionsabend veranstaltet von der AG Bildung: Der kantonale Erziehungsdirektor Bernhard Pulver und die beiden Grünen Berner Gemeinderatskandidatinnen Franziska Teuscher und Tania Espinoza erörtern im Rahmen einer öffentlichen Podiumsdiskussion aktuelle Fragen rund um die Schule mit Bezug zur Stadt Bern.
Informationen unter: www.gbbern.ch

Arbeitsgruppen

Sekretariat
Grünes Bündnis Stadt Bern
Neubrückstrasse 17, 3012 Bern,
Postfach 6411, 3001 Bern, Tel. 031 301 82 09,
info@gbbern, www.gbbern.ch
Grünes Bündnis Stadt Bern auf Facebook:
http://www.facebook.com/GruenesBuendnisBern
PC-Konto: 30-37923-6. **Merci!**

● **Frauenpolitik**
30. August, Kontakt: regula_buehlmann@bluewin.ch

● **Ökologie**
20. September, Kontakt: fragroba@gmx.ch

● **Internationales und Migration**
28. August, Kontakt: asancar@bluewin.ch

● **Wirtschaft**
19. September, Kontakt: thomas.bauer@hotmail.ch

● **Bildung**
10. September, Kontakt: cor.schaerer@bluewin.ch

● **Leitender Ausschuss**
12. September, Kontakt: info@gbbern.ch

Interna

● Am Montag, 17. September findet der nächste GB-Stammtisch ab 20.00 Uhr im Restaurant O bolles, Bollwerk 35, 3011 Bern statt. Mittwoch, 5. September: nächste GB-Mitgliederversammlung.
Informationen unter: www.gbbern.ch

Impressum:
Die Zeitschrift **grün.** für Mitglieder und Sympathisanten des Grünen Bündnis Stadt Bern erscheint viermal jährlich. Abo-Preis: 20 Franken.
Redaktion:
Sabine Baumgartner, Natalie Imboden, Johannes Künzler, Hans Niklaus, Stéphanie Penher, Julia Richter.
Fotos:
Anne Bichsel, Severin Nowacki, Herbert Schweizer, Natalie Imboden, Sabine Baumgartner
Gestaltung:
transform.ch
Druck:
Bubenberg Druck- und Verlags-AG, Bern.
Redaktionsschluss grün. Nr.9: 16. September 2012.

schluss.

Franziska Grossenbacher, GB-Stadtratskandidatin

Muss, wer A sagt, auch B sagen?

Wer den Atomausstieg will, muss auch der Erhöhung der Grimselstaumauer zustimmen. Viele Grüne lassen sich mit diesem Argument zu unüberlegten Konzessionen verleiten, wohl auch, um nicht als ewige Verhinderer dazustehen. Ich folge diesem blinden Eifer nicht und sage Nein zu diesem Grossprojekt: Als Grüne gibt es für mich keinen Grund, auf dem Weg zur Energiewende als Erstes gerade einen Verfassungsbruch zulasten der Umwelt zu befürworten. Es geht nicht um ein paar mickrige Arven, die gegenüber dem grossen Ziel der Energiewende ein kleines Opfer sind. Wird aber das Gletschervorfeld an der Grimsel geflutet, dann wäre ein Präzedenzfall geschaffen, der den Moorschutz – den wirkungsvollsten Landschaftsschutz in der Schweiz – infrage stellen würde. Die Befürworter der Staumauer-Erhöhung an der Grimsel beeindrucken gerne mit Modellrechnungen, hinter denen viele Annahmen stecken. Es ist z.B. unklar, ob das geplante Speichervolumen unter dem veränderten Niederschlagsregime durch den Klimawandel überhaupt ausgeschöpft werden kann. Die Schweiz muss in den nächsten Jahren aus der Atomenergie aussteigen. Dazu werden Energiespeicher nötig sein, die wie eine Batterie funktionieren und die saisonalen Schwankungen der Stromproduktion auffangen. Aber gehen wir doch bitte besonnen vor und opfern auf dem Weg zur Energiewende nicht übereifrig alle für uns Grüne ebenso wichtigen Werte wie den Landschafts-, Gewässer- und Naturschutz. Und sowieso: Der ökologischste Strom ist der gesparte.